

> VKU-ANALYSE

Auswertung zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die Europawahlprogramme der nationalen und europäischen Parteien

Berlin/Brüssel, 28. April 2014

I. **Aufnahme kommunalwirtschaftlicher Forderungen in die Wahlprogramme der nationalen Parteien**

Wesentliche Forderungen des **VKU-Eckpunktepapiers zur Europawahl** haben Eingang in die Wahlprogramme der nationalen Parteien zur Europawahl gefunden. Auf nationaler Ebene wurden die europapolitischen Beschlüsse der CDU, der CSU, der SPD, der Grünen und der FDP untersucht.

a. **Kommunalwirtschaft allgemein/Ordnungspolitik**

Alle Parteien betonen die **Bedeutung der Kommunen** für das Gelingen der europäischen Politik sowie die Notwendigkeit der Zurückgewinnung des Vertrauens in die Europäische Union. Die CDU steht in ihrem Wahlprogramm für ein bürgernahes und kommunalfreundliches Europa, in dem eine starke Stimme der Kommunen in Brüssel und Straßburg als wichtig empfunden und die rechtzeitige und angemessene Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände in den Prozess der europäischen Rechtsetzung betont werden. Die CSU fordert mehr Respekt für die Länder und Regionen. Die SPD fordert, dass die Interessen der Kommunen und Regionen in der europäischen Politik ein noch stärkeres Gewicht bekommen sollen. Die Grünen bezeichnen die Kommunen als Fundament der EU und fordern eine Europäische Union, in der Kommunen und Regionen selbstbewusst ihre Interessen vertreten können, und die FDP wünscht sich ein stärkeres Gewicht der Kommunen im Ausschuss der Regionen.

Angesichts der sinkenden Zustimmungswerte in der Bevölkerung für das Projekt Europa sprechen sich zudem alle Parteien für eine **Ausweitung des Subsidiaritätsgedankens** aus. Nicht jede Aufgabe in Europa sei auch eine Aufgabe für Europa (CDU), und die Politik solle nur das regeln, was nicht lokal, regional und national besser geregelt werden könne (SPD). Nach Ansicht der SPD sollen nationale, regionale und lokale **Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge** erhalten und geschützt werden. Auch auf europäischer Ebene müsse sichergestellt werden, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Auch die Grünen machen sich für die Kommunen und ihre **Selbstverwaltung** stark und sprechen sich dagegen aus, dass eine Ausdehnung der Binnenmarktregeln die Handlungsspielräume der Kommunen in der Daseinsvorsorge weiter einschränkt. Die FDP fordert mehr Eigenverantwortung für Bürger, Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten und setzt sich für eine Europapolitik ein, die sich nur um jene Herausforderungen kümmert, welche die Mitgliedstaaten nicht allein bewältigen können. Es bedürfe einer klaren Kompetenzabgrenzung, die den nationalen und regionalen Ebenen klare Verantwortungen zuweise. CDU und FDP fordern zudem eine stärkere Nutzung und den Ausbau der **Subsidiaritätsrüge**.

b. Energiewirtschaft

Bis auf die FDP sprechen sich alle untersuchten Parteien für ein **verbindliches CO₂- Ziel bis 2030** aus, allerdings in unterschiedlicher Höhe, und fordern eine **Reform des Emissionszertifikatehandels**. Die Grünen sprechen sich zudem für eine Verringerung der Anzahl der Zertifikate aus. In Bezug auf die **erneuerbaren Energien** hält die CDU eine Verständigung über den Ausbau der erneuerbaren Energien nach einheitlichen Kriterien für notwendig. Sie steht außerdem für eine verpflichtende Direktvermarktung und perspektivisch für europäische Ausschreibungen. Die SPD setzt sich für ein verbindliches Erneuerbaren-Ziel ein, nennt in ihrem Beschluss aber ebenfalls keine Höhe. Die Grünen fordern bis 2030 ein Erneuerbaren-Ziel von 45 Prozent und einen europaweiten Einspeisevorrang für die erneuerbaren Energien. Die FDP fordert ein europaweites Mengensystem zur Förderung der erneuerbaren Energien, in welchem Energieversorgungsunternehmen verpflichtet werden, ihren Kunden einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen. Bei der **Energieeffizienz** setzen sich die Grünen bis 2030 für ein 40-Prozent-Ziel ein. Auch die SPD fordert ein verbindliches Energieeffizienzziel, nennt aber keine Höhe. Nach Ansicht von CDU und FDP sollen Anreize zur Energieeffizienz vor allen Dingen vom Markt kommen. Die CDU setzt vor allem auf eine adäquate Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie. In Bezug auf den **europäischen Energiebinnenmarkt** bekennen sich alle Parteien zu einer europäischen Vernetzung. Die CDU setzt auf die Schaffung eines europäischen Stromverbundes zum Ausgleich von Schwankungen, die Grünen fordern eine Vernetzung der europäischen Erzeugungspotenziale und die FDP bemängelt, dass der Energiebinnenmarkt noch unzureichend verwirklicht sei. Dazu setzen die Parteien in Bezug auf den **Ausbau der Netze** parteienübergreifend primär auf den Ausbau von Grenzkuppelstellen und grenzüberschreitende Netze. Für alle untersuchten Parteien spielt zudem der Aufbau einer **intelligenten und nachhaltigen Mobilität** eine hervorgehobene Rolle. Bezug zur Forderung nach der Einrichtung eines Kapazitätsmarktes in Deutschland wird nicht genommen. Forderungen nach einem weitergehenden **Unbundling** für die Verteilnetzebene finden sich ebenfalls nicht.

c. Wasser- und Abwasserwirtschaft

Die VKU-Forderung nach einer Anerkennung der **kommunalwirtschaftlichen Strukturen in der Wasserwirtschaft** wird sowohl von CDU, CSU, SPD als auch den Grünen aufgenommen. Diese Parteien nehmen alle entweder explizit oder implizit Bezug zur **EU-Konzessionsrichtlinie** und dem Erfolg für die kommunale Wasserwirtschaft durch die Ausnahme aus deren Anwendungsbereich. Die SPD stellt sich gegen ein Europa, das die Kommunen drängt, ihre Wasserwirtschaft zu privatisieren, und die Grünen warnen vor einer Unterwanderung der Errungenschaften aus der Konzessionsrichtlinie durch die aktuellen Verhandlungen zum **Freihandelsabkommen**. Sie

weisen zudem darauf hin, dass die Kommunen für qualitativ hochwertige und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen, wie z. B. eine gute Wasserversorgung, Gestaltungs- und Organisationsspielraum benötigen, wie er im Grundgesetz und im Vertrag von Lissabon festgeschrieben ist. Die CSU erklärt, dass alles, was die Menschen vor Ort berührt – vom Nahverkehr bis zum Trinkwasser – vor europäischen Eingriffen geschützt werden müsse. Umweltpolitisch findet sich die VKU-Forderung nach der Umsetzung des Verursacherprinzips im Beschluss der Grünen und ihrer Forderung wieder, den guten ökologischen und chemischen Zustand für Gewässer und Grundwasser schnellstmöglich ohne weitere Fristverlängerungen herzustellen. In Bezug auf die Diskussion über das **Fracking** finden die wasserwirtschaftlichen Bedenken in allen Wahlprogrammen Niederschlag. So erläutert die CDU, dass Gefahren für die Menschen und das Trinkwasser durch Fracking ausgeschlossen werden müssen. Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien werde abgelehnt. Die CSU erklärt, dass die kommunale Daseinsvorsorge auch im Freihandelsabkommen geschützt werden müsse. Die SPD weist unter Bezugnahme auf das TTIP darauf hin, dass das Freihandelsabkommen keine staatlichen Regulationsmöglichkeiten aushöhlen dürfe. Für die Grünen ist Schiefergas keine tragbare Alternative und die FDP fordert europaweite Mindestnormen für die Zulassung von Fracking.

d. Abfallwirtschaft

Die Grünen würdigen in ihrem Wahlprogramm u.a. die **kommunalwirtschaftlichen Strukturen in der Abfallwirtschaft**. Sie weisen darauf hin, dass die Kommunen für qualitativ hochwertige und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen, wie z. B. eine gute Abfallentsorgung, Gestaltungs- und Organisationsspielraum benötigen, wie er im Grundgesetz und im Vertrag von Lissabon festgeschrieben ist. Die CDU erläutert, dass sie in ihrer Umweltpolitik vor allem auf Anreize und marktwirtschaftliche Instrumente setze. Sie bekennt sich zudem zu dem Ziel der **Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch** und fordert, die Möglichkeiten zur **Wiederverwendung** in vollem Umfang zu nutzen. Die Grünen fordern zudem eine Erweiterung der Produktverantwortung, um Wiederverwertung und Ressourceneffizienz zu verbessern. Die **Ökodesign-Richtlinie** solle um die Kriterien Wiederverwertung und Effizienz erweitert werden. Die FDP fordert die Überprüfung und ggf. die Abschaffung bestimmter EU-Vorschriften im Bereich der Abfallentsorgung.

II. **Aufnahme kommunalwirtschaftlicher Forderungen in die Wahlprogramme der europäischen Parteien**

Die Wahlprogramme der europäischen Parteienfamilien sind naturgemäß etwas kürzer und abstrakter gefasst, als jene der nationalen Parteien. Dies liegt einerseits daran, dass sie für die Bürger in allen 28 Mitgliedstaaten Geltung haben sollen und zudem selbst innerhalb einer europäischen Partei teilweise sehr unterschiedliche Parteienfamilien repräsentiert werden. Dennoch lassen sich einige Implikationen aus den europapolitischen Beschlüssen der Europäischen Volkspartei (EVP), der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), der Europäischen Grünen (EGP) und der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) ableiten.

So hinterfragen alle Parteien die Ebene, auf der politische Entscheidungen getroffen werden. Die EVP und die ALDE bekennen sich dazu, **europapolitische Entscheidungen so nah wie möglich am Bürger** zu treffen. Entscheidungen sollten nur auf EU-Ebene getroffen werden, wenn diese nicht besser auf regionaler und lokaler Ebene getroffen werden können. Der Schwerpunkt der Europapolitik sollte nach Ansicht der EVP weniger auf neuer Gesetzgebung als auf Anwendung und Kontrolle der bereits bestehenden liegen. Bei der SPE und den Europäischen Grünen sollen die Bürger mehr an den Entscheidungen der EU partizipieren können.

Mit Blick auf die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise setzt sich die EVP für eine Restrukturierung des öffentlichen Sektors ein, um effiziente öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Der öffentliche Sektor sollte seine Kooperationen mit dem privaten Sektor verstärken. SPE und Grüne kritisieren die einseitige Sparpolitik der Troika und die SPE möchte nach dem Ende der Troika-Mission einen anderen Politikrahmen entwickeln, der auf demokratischen und sozialverantwortlichen Prinzipien beruht.

Alle Parteien betonen die Rolle der **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**, ohne allerdings auf die vom VKU angesprochene Problematik einzugehen, dass die kommunalen Unternehmen angesichts der aktuellen europäischen KMU-Definition grundsätzlich nicht als solche gelten.

Mit Blick auf die **EU-Energie- und Klimapolitik** variieren die Vorstellungen stark. Fordert die SPE verbindliche **Ziele** für alle drei Politikbereiche (CO₂, Erneuerbare, Energieeffizienz), ohne aber eine Höhe zu nennen, erklärt die EVP abstrakt, dass sie für verbindliche aber realistische Ziele sei, dort wo sie nachweislich einen Mehrwert bringen. Die Europäischen Grünen positionieren sich am deutlichsten zur Festlegung eines 55-Prozent-Ziels zur Reduktion der Emissionen bis zum Jahr 2030 und einem Anteil von 45 Prozent erneuerbarer Energien bis 2030. Auch bei der Energieeffizienz fordern sie ein verbindliches Ziel. Die ALDE unterstützt die Ambitionen der EU, weiterhin

eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einzunehmen, und misst den erneuerbaren Energien eine wichtige Bedeutung bei. EVP und ALDE setzen zudem einen Schwerpunkt auf die Verwirklichung des **EU-Energiebinnenmarktes**, insbesondere durch den Ausbau grenzüberschreitender **Netze**.

Hinsichtlich der **kommunalen Wasserwirtschaft** unterstützen EVP, ALDE und SPE grundsätzlich das **Freihandelsabkommen** mit den USA. Die SPE mahnt aber, dass dieses die europäischen Umweltstandards nicht unterlaufen dürfe. Die Europäischen Grünen setzen sich für die Verteidigung des Rechts auf Wasser gegen Privatisierungsbestrebungen ein und fordern ein Verbot für **Fracking**. Die EVP hingegen spricht sich für eine weitere Diversifizierung der Energiepolitik insbesondere im Hinblick auf die Energiepreise aus. Sie stellt außerdem auf die **Wasserknappheit** als globales Problem des 21. Jahrhunderts ab und warnt vor der Gefahr zunehmender Konflikte in diesem Bereich. Parteienübergreifend kommt dem Thema **Breitbandausbau** eine besondere Bedeutung in den Wahlprogrammen zu.

In der **kommunalen Abfallwirtschaft** sind sich alle Parteien einig, dass der Schwerpunkt der Politik auf einem verbesserten **Recycling** liegen müsse. Die Europäischen Grünen fordern diesbezüglich Verbesserungen im Bereich der **Öko-Innovationen**. Auch **Abfälle aus Lebensmitteln** sollen verringert werden.